

Harte Verhandlung um die Preise

Von ANDREAS DAMM UND MATTHIAS PESCH | 05.04.03, 00:00 Uhr

KVB-Chef Schrameyer geht trotzdem von einem Baubeginn noch in diesem Jahr aus.

Die Kostenexplosion beim geplanten Bau der Nord-Süd-U-Bahn war am Freitag ein beherrschendes Thema im Rathaus und in der Zentrale der Kölner Verkehrs-Betriebe - über die Ursachen gab es unterschiedliche Aussagen. Nach Information des „Kölner Stadt-Anzeiger“ liegen die Preisangebote aller am Bau interessierten Firmengruppen für den Tunnel um mindestens 100 Millionen Euro über den Berechnungen der Stadt; gemessen an den veranschlagten 400 Millionen Euro bedeutet das eine Verteuerung um 25 Prozent.

Erhard Schrameyer, Vorstandssprecher der Kölner Verkehrs-Betriebe, wies darauf hin, dass die ursprüngliche Kostenschätzung mehrerer renommierter Planungsbüros schon aus dem Jahr 1999 stamme. Gegenüber diesem Planungsstand seien die Preise inzwischen gestiegen. Andere an der Ausschreibung beteiligte Fachleute betonen hingegen, die Baukosten hätten angesichts der schwachen Konjunktur und des harten Konkurrenzkampfes sinken müssen. „Die Baupreise befinden sich auf dem Niveau der frühen 90er Jahre“, sagt ein Vergabeexperte. Baudezernent Béla Dören widersprach: „Das gilt nicht für hochkomplizierte langfristige Technikbauten.“ Die wenigen Konsortien, die solche umfangreichen und schwierigen Arbeiten ausführen könnten, seien gegenüber dem Auftraggeber in einer vergleichsweise bequemen Verhandlungsposition.

Laut Schrameyer müssen die Angebote der drei Firmenkonsortien jetzt „so herunterverhandelt werden, dass ein vertretbares Preisniveau erreicht wird“ - etwa durch Preisnachlässe oder Veränderungen bei den Leistungsinhalten. Das Ergebnis müsse nicht zwingend bei den ursprünglich kalkulierten 400 Millionen Euro liegen: „Das gesamte Ausschreibungsverfahren ist ein dynamischer Prozess, den es zu beherrschen gilt.“ Dass die Haltestellen aus Kostengründen in offener Bauweise errichtet statt unterirdisch vorangetrieben werden, kommt nach den Worten des KVB-Chefs nicht in Frage. Dafür müsste ein neues Genehmigungsverfahren eingeleitet werden, „das würde uns Jahre kosten“. Davor warnt auch der für den Nahverkehr zuständige Dezernatsleiter der Bezirksregierung, Hajo Kuhlisch. Schrameyer ist zuversichtlich, dass bis Ende des Jahres über die Vergabe entschieden und mit den Bauarbeiten begonnen werden kann.